

**Die Stadtwerke aus den Ruhrgebietsstädten Bochum, Dortmund, Duisburg, Essen, Oberhausen und Dinslaken haben sich zum Stadtwerke-Konsortium Rhein Ruhr zusammengeschlossen, um einen 51 Prozent- Anteil an der Evonik-Steag zu erwerben.**

Evonik bietet mit seiner Energiesparte u.a. 13 Kohlekraftwerke im In- und Ausland, Fernwärme, Energiedienstleistungen und erneuerbare Energien zum Verkauf an. Die Stadtwerke versprechen sich von dem Geschäft eine bessere Positionierung auf

nehmen zu können, als es bei einem Privaten der Fall wäre. Außerdem hat DIE LINKE versucht, politische Leitlinien für das Geschäft in den Stadträten der sechs beteiligten Kommunen durchzusetzen. So sollen sich die kommunalen Anteilseigner für



## Evonik-Geschäft besiegelt

dem liberalisierten Strommarkt. Sie wollen sich bei der Energieerzeugung von den großen vier Energiekonzernen unabhängiger machen. Das finanzielle Risiko scheint auch bei sehr konservativen Annahmen vertretbar zu sein, es ist bei Investitionen z.B. in Offshore-Windkraftanlagen durchaus nicht geringer. Die Aufsichtsräte und Stadträte haben mittlerweile mit großen Mehrheiten diesem Geschäft zugestimmt. Nicht zuletzt auch deshalb, weil die Stadtwerke in den durch den Strukturwandel hoch verschuldeten Ruhrgebietskommunen wichtige Bereiche der Daseinsvorsorge, so z.B. den Nahverkehr, querfinanzieren.

Auch DIE LINKE hat sich nach langen Diskussionen dazu entschlossen, diesem Geschäft zuzustimmen, wenn auch teilweise mit Bauchschmerzen. Es wird in dieser Kommunalisierung eine Chance gesehen, die Stadtwerke zu stärken und einen größeren Einfluss auf eine Ausrichtung zur regenerativen Erzeugung

eine konsequente Strategie der ökologischen Nachhaltigkeit in der Energieerzeugung und -vermarktung einzusetzen. Die Beteiligung am Konsortium darf deshalb auch nicht zu einer Beeinträchtigung des bisher geplanten Ausbaus in ökologische Energieerzeugung führen. Neue Kohlekraftwerke sollen nicht mehr gebaut werden und stillzuliegende Kohlekraftwerke durch Gas- und Dampf-Kombikraftwerke (GuD-Kraftwerke) oder erneuerbarer Energien ersetzt werden. Der Ge-

schäftsbereich Nuklearservice soll aufgegeben werden.

Als eigenständige kommunale Unternehmen sollen die Stadtwerke ihrem kommunalen Auftrag und den demokratischen Entscheidungen auf kommunaler Ebene verpflichtet bleiben. Die kommunalen Einflussmöglichkeiten sollten ausgebaut werden. Außerdem will DIE LINKE die Mitbestimmung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und ihrer Gewerkschaften garantiert

sehen. Kraftwerksstilllegungen und Umstrukturierungen sollen sozialverträglich und unter Ausschluss betriebsbedingter Kündigungen durchgeführt werden.

Leitlinien zum Umgestaltung des Unternehmens wurden in Duisburg, Essen, Oberhausen, Dortmund und Bochum durchgesetzt. Damit fängt die Arbeit aber erst an, denn inzwischen hat das Stadtwerke-Konsortium den Zuschlag erhalten. Jetzt müssen diese Leitlinien auch in die reale Unternehmenspolitik umgesetzt werden. Dazu bedarf es eines langen Atems und weiterhin viel politischen Drucks.

*Uwe Vorberg*

Im Bochumer Rat wurde das Geschäft mit den Stimmen von SPD, Grünen, Linksfraktion, Sozialer Liste und einzelner Stimmen von FDP und UWG beschlossen. Die CDU bemängelte viele ungeklärte Fragen, von denen sie jedoch keine einzige an die zahlreich anwesenden Fachleute stellte.

### 2011

DIE LINKE im Rat wünscht allen Leserinnen und Lesern ein gutes, erfolgreiches und gesundes neues Jahr. Auf dass Sie alle ihre individuellen Ziele in diesem Jahr verwirklichen können.

Wir verbinden diese Wünsche mit dem Versprechen, dass unsere Fraktion auch im Jahr 2011 in Rat, Bezirken und Ausschüssen alles dafür tun wird, dass Bochum ein Stück sozialer und menschlicher wird.



Herzliche Grüße

# Haushalt mit Schiefelage

**Die Bürgerinnen und Bürger bekommen gerade erst die Auswirkungen der Haushaltberatungen des letzten Jahres zu spüren:**

Im Bereich der Musikschule und der VHS wird das Angebot reduziert, dort und in fast allen anderen kulturellen Einrichtungen werden die Entgelte und Eintritte deutlich steigen. Die Ganztagsbetreuung in Kitas soll nicht weiter ausgebaut werden, im Bereich der Altenhilfe kommt es zu Kürzungen. Die Öffnungszeiten der Schwimmbäder werden reduziert, Lehrschwimmbekken und Turnhallen werden geschlossen. Und schon wird der Haushalt 2011 beraten.

Dafür hat die Verwaltung u.a. vorgeschlagen, den Service der Bürgerbüros und den Umweltschutz einzuschränken und weiter Personal abzubauen. Das Angebot von VHS und Musikschule sollte noch einmal stark reduziert und die Büchereien in Gerthe und

Querenburg sogar ganz geschlossen werden. Alles Vorschläge, die der Stadtrat bereits im letzten Jahr abgelehnt hatte. Schon allein das war Grund genug für DIE LINKE, diese Vorschläge abzulehnen und entsprechende

Änderungsanträge zu stellen. In den meisten Fällen sahen das SPD und Grüne, in Einzelfällen sogar alle Fraktionen ähnlich, und so wurden diese Verschlechterungen für die Bürgerinnen und Bürger zurück genommen.

Gleichzeitig sollten die Bürgerinnen und Bürger über Er-

höhungen der Grundsteuer, Winterdienstgebühr etc. stärker zur Finanzierung städtischer Leistungen herangezogen werden. DIE LINKE wollte demgegenüber, dass alle nach ihrer Leistungsfähigkeit an der Finanzierung des Allgemeinwohls beteiligt werden.

Mit dem Wirtschaftsaufschwung geht es den Bochumer Unternehmen wieder besser. Deshalb hat die Linksfraktion vorgeschlagen, die Gewerbesteuer leicht zu erhöhen. Diese zahlen Unternehmen nur dann, wenn sie auch entsprechende Gewinne erzielen. Leider haben alle anderen Fraktionen diesen Vorschlag abgelehnt. So bekam der gesamte Haushalt eine soziale Schiefelage, deshalb haben wir ihn im Rat abgelehnt.

*Uwe Vorberg*



## Ohne Personal kein Service

**Im Rahmen der Sparmaßnahmen sieht sich die Stadt Bochum gezwungen, auch beim städtischen Personal einzusparen.**

Hierzu wurde ein Personalabbaukonzept entwickelt. Dieses sieht den Abbau von 733 Stellen in der Verwaltung vor. Der Personalrat der Stadtverwaltung und auch die Gewerkschaft ver.di



stellen fest, dass schon jetzt die Arbeitsbelastung in vielen Bereichen der Stadtverwaltung fast unerträgliche Ausmaße angenommen haben. Wiederbesetzungssperren und Mehrbelastungen führen zu Leistungsverdichtung, was unweigerlich steigende Krankenquoten nach sich zieht. Und

ohne betriebsbedingte Kündigungen wird sich das Konzept nicht umsetzen lassen.

Aber auch für die Bürgerinnen und Bürger haben diese Personaleinsparungen Konsequenzen. Leistungs- und Serviceangebote werden reduziert werden. Und ganz offen spricht die Verwaltung davon, dass auch städtische Einrichtungen ausgegliedert oder geschlossen werden sollen, wogegen DIE LINKE natürlich Widerstand leisten wird.

Wir haben im Rat dieses Konzept abgelehnt. Sparen auf Kosten der KollegInnen und der BürgerInnen ist mit uns nicht zu machen. *Ernst Lange*

## Arbeitslosenberatungsstelle bleibt

**In der vorletzten Ausgabe der Einblicke haben wir über die Arbeit der Beratungsstelle in der Brückstraße berichtet.**

Auch darüber, dass die Wartezeiten immer länger werden. Die Qualität und Bedeutung stellt im Bochumer Rat niemand in Frage, umso erstaunter waren wir, dass mehr oder minder in einem Nebensatz der Haushaltsvorlage im Sozialausschuss die Streichung der kompletten städtischen Zuschüsse erwähnt wurde. Das wäre das sichere AUS für die Beratungsstelle gewesen. Linksfraktion und Koalition haben daraufhin fast gleichlautende Anträge zum Erhalt des Zuschusses gestellt,

was dann auch so beschlossen wurde. Ein guter Beschluss, ärgerlich, dass es überhaupt diesen Vorschlag gab.



Die Arbeitslosenberatungsstelle versucht nun, Landesmittel einzuwerben, um so den städtischen Anteil der Kosten zu senken und gleichzeitig bemüht sie sich um die Finanzierung einer weiteren Stelle durch die ARGE. Wir wünschen viel Erfolg! *Bianca Schmolze*

# Jeder Baum zählt

**Bäume sind wichtig für unsere Stadt. Sie tragen wesentlich zur Verschönerung des Stadtbildes bei. Darüber hinaus reduzieren sie CO2, Staub, Lärm und verbessern das Klima.**

Es dauert letztlich Jahrzehnte bis ein neu gepflanzter Baum den ökologischen „Wert“ eines alten Baumes erreicht hat. Um die Bäume zu schützen und um festzulegen, welche Ersatzpflanzungen nach einer möglichen

Fällung vorzunehmen sind, existiert in Bochum eine Baumschutzsatzung.

Aus Kostengründen hatte die Verwaltung vorgeschlagen, Nadelbäume zukünftig aus dieser

Satzung herauszunehmen. Durch eine Reduzierung von Fällgenehmigungen sollte Personal in der Verwaltung eingespart werden. Nach intensiver Beratung auch mit VertreterInnen von Umweltschutzverbänden war dies für uns nicht nachvollziehbar. Schließlich haben auch Nadelbäume einen hohen ökologischen Wert. Wir haben von daher im Umweltausschuss den Antrag gestellt, Nadelbäume wieder und darüber hinaus auch bestimmte Laubbäume wie beispielsweise Birken und Pappeln in die Baumschutzsatzung aufzunehmen.

Vollkommen unverständlich ist es, dass SPD und Grüne einen eigenen Antrag gestellt haben, der zwar die Nadelbäume nicht aber die oben erwähnten Laubbäume unter den Schutz der Satzung stellt. Inhaltlich oder gar ökologisch wurde dies nicht begrün-

det. Die Koalition hofft wohl so, doch noch Kosten einsparen zu können. Eine fatale Logik. Aus finanziellen Erwägungen heraus werden der Umweltschutz und eine lebenswertere Stadt wieder einmal mehr zur Disposition gestellt. Interessant ist dabei, dass die ehemalige Umweltschutzpartei Die Grünen dies mitmachen.

*Bianca Schmolze*



## Neujahrsempfang 2011

**Zum Neujahrsempfang der LINKEN sind alle interessierten Bochumerinnen und Bochumer und auch Auswärtige herzlich eingeladen!**

Wir freuen uns ganz besonders, dass diesmal Uli Pieper, der Vorsitzenden der Migrantenselbstorganisation IFAK, ein Grußwort halten wird. Vor dem Hintergrund der von Sarrazin losgetretenen

rassistischen Debatte in diesem Land ein wichtiges Zeichen. Von der Ratsfraktion gibt es einen kurzen politischen Rückblick auf das vergangene Jahr. Und musikalisch wird der Nachmittag mit Milli Häuser und Martin Scholz aufgewertet. Bei Barjazz besteht die Möglichkeit, mit alten und neuen Bekannten ins Gespräch zu kommen oder auch den Vertre-

terInnen der LINKEN Löcher in den Bauch zu fragen.

Dazu gibt's Sekt, Selters und Häppchen. Neben den Ratsmitgliedern freuen sich der Kreisvorstand und unsere Bundestagsabgeordneten Sevim Dağdelen und Ingrid Remmers auf anregende Gespräche und Begegnungen.

**Am Freitag, den 21. Januar um 17.00 Uhr im Ottilie-Schoenewald-Weiterbildungskolleg Wittener Straße 61, 44789 Bochum**

Begrüßung: Uwe Vorberg (Fraktionsvorsitzender)  
Grußwort: Uli Pieper (Vorsitzender IFAK Bochum)  
Chansons und Texte zu Migration und Integration mit Milli Häuser (Gesang) und Martin Scholz (Klavier)  
Rück- und Ausblick: Aygül Nokta (Ratsfraktion)  
Bar-Jazz mit Milli Häuser und Martin Scholz



## Wir sind für Sie da

Montags bietet unsere BürgerInnensprechstunde von 17 – 18 Uhr die Möglichkeit, mit uns über Probleme und mögliche Lösungen ins Gespräch zu kommen. Dazu stehen reihum die Ratsmitglieder für Fragen, Anregungen und Diskussionen in unserer Geschäftsstelle, Willy-Brandt-Platz 1–3 persönlich und telefonisch unter 910 – 12 95 zur Verfügung.

**10.01. Bianca Schmolze**, Mitglied des Rates und des Ausschusses für Bürgeranregungen

**17.01. Pamela Strutz**, Mitglied des Ausschusses für Eigenbetriebe

**24.01. Ernst Lange**, Mitglied des Rates und des Ausschusses für Arbeit, Gesundheit und Soziales

**31.01. Ralf Feldmann**, Mitglied des Rates und des Ausschusses für Bildung und Wissenschaft

**07.02. Uwe Vorberg**, Mitglied des Rates, des Ausschusses für Wirtschaft, Infrastruktur und Stadtentwicklung

**14.02. Arnold Vogel**, Mitglied des Rates und des Jugendhilfeausschusses

**21.02. Bianca Schmolze**, Mitglied des Rates und des Ausschusses für Bürgeranregungen

**28.02. Aygül Nokta**, Mitglied des Rates und des Ausschusses für Migration und Integration

# Kein Platz für Nazis

Im „Tortenprozess“ hat die Staatsanwaltschaft gegen den zweiten Freispruch erneut Revision eingelegt. Martin Budich soll für seine Berichterstattung auf bo-alternativ gegen einen Hetzflug der NPJ doch noch bestraft werden.

Passend zum Freispruch des stellvertretenden NPJ-Vorsitzenden Wulff: Dessen Hetzrede bei eben jenem ausländerfeindlichen Aufmarsch im Oktober 2008 erhob die Strafkammer mit milder Weichspülung zu einem tolerablen migrationspolitischen Debattenbeitrag.

Kurz danach schänden Nazis in Bochum jüdische Gräber und Mahnmale zum Gedenken an die Shoa und ermordete Widerstandskämpfer. „Die Nazi-Schmierereien“,

so der Klartext der Ratsresolution, „sind eine von Hass und antideokratischer Gesinnung motivierte Straftat. Die demokratische Gesellschaft lässt sich die Stadt von Nazis nicht streitig machen.“

Auf die Justiz kann sie dabei nicht zählen. Die drückt nach rechts die Augen zu. NPJ-Plakate, die mit der Botschaft „Gute Heimreise“ die Vertreibung muslimischer Frauen zeigten, abgekupfert von Bildern jüdischer Menschen auf dem Weg in ihre Vernichtung, waren für die Staatsanwaltschaft keine Volksverhetzung: Ihr Ziel seien vielleicht nur legale Ausweisungen. Das beim Nazimarsch im Oktober 2008 beschlagnahmte Banner „Multikulti ist Völkermord“ galt nur kurz als Volksverhetzung. Nun – die „bessere Gesellschaft“ jubelt dem



bürgerlich rassistischen Genforscher Sarrazin verzückt zu – gibt die Justiz ihren Segen dazu. Jungen Antifas, die sich gegen islamfeindliche Attacken von Pro-NRW vor eine Moschee stellen wollten und dabei in einen eskalierenden Polizeieinsatz gerieten, wirft sie Landfriedensbruch vor.

„Zur Abschreckung“ will die Staatsanwältin Martin Budich bestraft sehen. Schrecklich geschichtsblind. Wenn Nazis umso dreister unsere Stadt heimsuchen, werden wir da sein, demokratisch unabgeschreckt.

*Ralf Feldmann*

Anfang Juni wurde in der Bezirksvertretung-Süd die Idee des Neubaus an der Uni-West vorgestellt. Grund war der erwartete Ansturm des doppelten Abiturjahrgangs 2012/13 und die Umstrukturierung der Uni.

Laut Bebauungsplan wird in Bereiche des Naturschutzgebietes und den angrenzenden Wald eingegriffen. Gegenüber diesen Plänen wurden von verschiedenen Seiten Einwände erhoben. Nach einer Bürgerversammlung bildete sich unter an-

## Wald weicht Neubau

derem im ASTA eine Gruppe von Leuten, die überlegten wie man den Standort des GDs verlegen könnte und damit das Abholzen des Waldes zu verhindern. Im

Oktober kam das Thema wieder in die BV. Nach einer lebhaften Diskussion wurde die Vorlage einstimmig wegen des Grünverlusts abgelehnt. Nach weiteren



Verhandlungen zwischen Stadt, Uni, ASTA und den verschiedenen Fraktionen kam im Dezember die Vorlage erneut in die BV-Süd. Alternative Standorte oder höhere Baumodelle wurden nicht verfolgt, die Fläche des abzuholenden Waldes wurde lediglich um ein Drittel verringert. Wegen dieser – aus Sicht der Linksfraktion – nicht nachvollziehbaren anstehenden umfangreichen Abholzungen stimmte ich gegen den Plan, diesmal allein, es gab sonst nur noch eine Enthaltung.

*Daniel Schüsler*

### IMPRESSUM

Linksfraktion Bochum  
Uwe Vorberg (V.i.S.d.P.)  
Altes Postgebäude  
Willy-Brandt-Platz 1 – 3,  
44777 Bochum  
Tel.: 0234 – 910 12 95 / 12 96  
Fax: 0234 – 910 12 97  
linksfraktion@bochum.de  
www.linksfraktion-bochum.de  
Fotos: pixelio (S.1,2,3), Stadt Bochum  
Presse- und Informationsamt (S.1,4),  
Linksfraktion Archiv (S.2,4)

### LINKE. Einblicke

Ja, ich möchte regelmäßig Informationen über die Arbeit der Linksfraktion Bochum erhalten.

Bitte schicken Sie mir die „Einblicke“ kostenlos an folgende Adresse:

Name, Vorname Straße, Hausnummer Postleitzahl, Ort

Bitte schicken Sie mir Ihren elektronischen Newsletter an folgende Emailadresse: